

„Zukunft nach Tschernobyl – Wege und Irrwege nach der Katastrophe“

- Heim-statt Tschernobyl - Völkerverständigung und Versöhnung -

- *Lichtbildervortrag am 26. April 2005 –
dem 19. Jahrestag der Katastrophe -
in der Friedensgruppe Heikendorf –*
- *eingebettet in einen Themenzusammenhang zur
Historischen Aufarbeitung zum Zweiten Weltkrieg zum
60. Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai 2005*

Hinrich Herbert Rüßmeyer

Tschernobylproblematik

- | | | |
|-------|---|------------|
| I. | Chronologie der Ereignisse <i>Chernobyl-info</i> | S. 1 - 11 |
| II. | Als hätte es Tschernobyl nie gegeben <i>Hingst</i> | S. 12 - 15 |
| III. | Europäische Elektrizitätsversorger <i>Hingst</i> | S. 15 - 16 |
| IV. | Klärung von Gesundheitsfolgen des Tschernobyl -
Unfalls stößt auf Widerstand <i>Lengfelder</i> | S. 16 - 19 |
| V. | Internationales Forschungsprogramm zum
Thema Schilddrüsen in Belarus <i>IPPNW</i> | S. 19 - 21 |
| VI. | Krankheitsfolgen <i>ZEIT</i> | S. 21 - 23 |
| VII. | Die Folgen von Tschernobyl <i>IPPNW</i> | S. 23 - 25 |
| VIII. | Wie steht die EU zu Tschernobyl ? <i>MdEU</i> | S. 25 - 27 |
| IX. | Grauer Strom und Stromimporte <i>Greenpeace</i> | S. 28 - 30 |
| X. | Windenergie in SH und Energieversorgung
Im Kieler Raum | S. 30 - 32 |
| XI. | Eine Stimme aus Belarus <i>G.Gruschewoj</i> | S. 32 - 34 |
| XII. | Partnerschaftstreffen Geseke 2005 | S. 34 - 38 |
| XIII. | Verstrahlte Ortschaften in Belarus | S. 38 |
| XIV. | CORE-Programm | S. 38 - 43 |
| XV. | Nachträge | S. 43 - 45 |

Teil I: Chronologie der Ereignisse

nach „chernobyl-info“

1986: Das Jahr des Unfalls: (Dia: Modell Nadeshna)

Das Bedienungspersonal des Reaktorblocks IV in Tschernobyl **probte am 25. April 1986 den Ernstfall**. In dem Test ging es darum, ob bei einem totalen Stromausfall im Reaktor die Dieselaggregate rechtzeitig einschalten, um die Atomfabrik weiterhin mit Elektrizität zu versorgen.

Um den „Ernstfall“ zu simulieren, wurde das **Notkühlsystem von Block 4 abgeschaltet**. Dies sollte um 23.10 Uhr wieder eingeschaltet werden; zuvor wurde aber ein Handgriff vom Personal vergessen. Dann folgte eine Reihe sicherheitstechnisch nicht vertretbarer Entscheidungen. Die Techniker **senkten die Reaktorleistung** weit unter das Niveau, das für den Test notwendig war. Der **Dampfblasenanteil im Kühlwasser stieg** gefährlich an.

Weitere **Notsysteme wurden abgeschaltet** und die **Steuerstäbe** – die die kontrollierte Kernspaltung erst möglich machen – wurden zum Großteil **herausgezogen**.

Am **26. April 1986** wurde der Reaktorblock 4 um **01.23 Uhr** „**überkritisch**“

Unkontrolliert schossen freigewordene **Neutronen auf die Atomkerne des Uran-Isotops 235** – der Brennstoff des Reaktors – Unmengen von **Kernenergie wurden frei**. Innerhalb von nur **4 Sekunden stieg die Reaktorleistung auf das Hundertfache**. Eine atomare Explosion, ähnlich einer Atombombe stand bevor. **Uran** – mit einem Fließpunkt von **mehr als 1100 Grad Celsius begann zu schmelzen**. Das gesamte **Wasser**, das die Uranstäbe kühlen sollte, **verdampfte**.

Eine gewaltige **Dampfexplosion sprengte die Ummantelung des Reaktors** – sie sollte vor der Radioaktivität schützen. Die

1000 Tonnen schwere **Abdeckung von Block 4 flog in die Luft**, brennende **Trümmer** fielen auf die anderen 3 Reaktorblöcke, an 30 Stellen in der Umgebung entstanden Brände.

Der glühend heiße sieben Meter hohe **Graphitblock** im Inneren des Reaktors kam in **Kontakt mit dem Kühlwasser, hochexplosiver Wasserstoff entstand**.

Nach 3 Sekunden schleuderte eine **gigantische Explosion Reaktortrümmer und strahlenden Staub 1,5 km hoch in den Himmel**.

- zu diesem Zeitpunkt leben in der 3 km entfernten Stadt Pripjat 45.000 Menschen, davon 16.000 Kinder; der 26.4. ist der erste warme Frühlingssonntag –

Die größte Menge **Radioaktivität** wurde in den ersten 10 Tagen vom **26. April – 4. Mai** freigesetzt.

Durch die wechselnden Windrichtungen und Regenschauer kommt es in der unmittelbaren Region zu **unterschiedlicher Verteilung der Radioaktivität**.

Vom **27. April – 5. Mai** werden in **1.800 Helikopterflügen** 5.000 Tonnen Löschmaterial (Sand und Blei) auf den brennenden Reaktor abgeworfen.

Am **27. April** werden die **Bewohner der Kraftwerksiedlung Pripjat evakuiert** und bis zum 5. Mai aus einer **30-km-Zone** um den Reaktor **weitere 130.000 Menschen**.

Am **29. April** erstmals Meldung vom GAU in Tschernobyl im **deutschsprachigem TV**

Am 28.04. gab um 21 Uhr erste Meldung von TASS vom Unfall und um 23 Uhr meldet ein dänisches Laboratorium für Nuklearforschung den GAU.

Am **23. Mai** ordnet eine sowjetische Regierungskommission die Verteilung von **Jodpräparaten** an. Diese Prophylaxe macht dann keinen Sinn mehr. Das radioaktive Jod ist nur 10 Tage aktiv – und hatte sich zwischenzeitlich in der Schilddrüsen der Bewohnerrinnen und Bewohner der verstrahlten Gebiete eingelagert.

Am **15. November** ist der sogenannte **Sarkophag** aus Beton, der den zerstörten Reaktor ummantelt, fertig. Daran haben nach Prof. Dr. Lengfelder, München 40. – 50.000 Liquidatoren – junge Rotarmisten – ohne ausreichenden Schutz unter Einsatz ihrer Gesundheit und ihres Lebens gearbeitet.

Im Zeitraum 1986 – 2000:

Im August 1986 erklärt eine sowjetische Delegation vor der Internationalen Atomenergie-Organisation der UNO (IAEA): „Eine Serie menschlicher Fehlgriffe hatte dazu geführt. Das Bedienungs-personal war von der Sicherheit des Reaktors überzeugt, dass sie jegliches Gefühl für die Gefahr verloren hatten. Bewusst wurden zahlreiche Betriebsvorschriften außer acht gelassen.“

= Das ist nach meinen Informationen nur die halbe Wahrheit, denn nach Wladimir Tschernousenko „Die Wahrheit“, lag der Fehler im System des Reaktors selber.

Der außer Kontrolle geratene Block war da nicht mehr zu beherrschen.

D.h. die Schuldzuweisung auf das Bedienungspersonal ist eine Behauptung zugunsten der Atomnutzung überhaupt, stellt sie also nicht infrage.

Er erklärt es einem Laien so: Es wäre vergleichbar, wenn eine Autofahrer auf einer abschüssigen Straße die Bremse benutzen würde, hätte diese die Funktion eines Gashebels, also die umgekehrte Funktion.

(HHR)

Am 22. Dez. 1988 weisen Sowjetische Wissenschaftler darauf hin, dass die Sicherheit des Sarkophags nur 20 – 30 Jahre berechnet sei.

1989 kommt es zu einer Zweite Umsiedlungsphase; rund 100.000 Menschen müssen ihre verstrahlten Gebiete in Weißrussland, der Ukraine und Russland verlassen und am 20. April 1989 kommt es zum Baustop für die geplanten Blöcke 5 und 6.

Im Jahre 1990 beginnt Zusammenarbeit westlicher Wissenschaftler mit Experten aus Weißrussland.

Im Jan.-März 1993 kommt es zum Aufbau des **Schilddrüsenzentrums in Gomel** durch das Otto-Hug-Strahleninstitut in München ; Gomel ist mit 500.000 EW am stärksten betroffene Region Belarus.

Zeitraum ab 2000:

Auf der 2. Geberkonferenz am 5. Juli 2000 sagen die G-7-Staaten der Ukraine 715 Mio. \$ für den 2. Sarkophag zu.

Am 12. Dez. 2000 wird der Reaktorkomplex Tschernobyl stillgelegt !

Während der Konferenz im April 2001 in Kiew zum 15. Jahrestag mit der UNO und IAEO (Internationale Atomenergiebehörde der UNO) wird der Zusammenhang (erstmalig) der Folgen des Reaktorunfalls und dem Schilddrüsenkrebs bei Kindern festgestellt.

Im Aug. 2003 gewährt die Europäische Bank für Wiederaufbau der Ukraine 85 Mio. \$ für 2004 , um die Lecks der alten Schutzhülle zu beseitigen.

Jetzt einige Aussagen aus dem 1992 erschienen Buch
Tschernobyl: Die Wahrheit
 von **Wladimir M. Tschernousenko**

Er war einer der 3 Chef-Manager, die nach der Katastrophe die Aufbauarbeiten leiteten und sich wie der Großteil der rund 1 Mio. namenloser Helfer schwerste Gesundheitsschäden zuzogen:

Schaubild: Flüsse

- Radionuklide sammeln sich im Flussbett der Wasserläufe und können so zu einer langlebigen Verseuchungsquelle der Wasserbestände werden; das greift auch in die Fischbestände über
- Die Radionuklide dringen in der Region auch in den Grundwasserstand ein.
- So kommt es in der Flusslandschaft – einschließlich der sie umgebenen Sümpfe zu einer Art „**Migration**“ des kontaminierten Metalls
- 1986 – 1987 erwähnt die Presse über 650.000 Menschen als Liquidateure, die allerdings ohne angemessene Schutzanzüge und medizinischer Überwachung in den hochverstrahlten Zonen arbeiteten.
- Rem : Ein rem ist eine willkürlich festgelegter Wert von Strahlendosen; die Öffentlichkeit wurde beruhigt mit der Toleranzgrenze. **35 rem in 70 Jahren**; was meint, das jedes Jahr 0,5 rem möglich seien. Die Belastungen sind aber bedeutet höher; aber es wird beruhigt, in dem Sinne, dass selbst eine doppelte oder dreifache Belastung keinerlei nachteilige Auswirkungen auf die Gesundheit habe
- Offiziell wir erklärt, dass 50 Mio. Curie radiaktive Stoffe an die Umwelt abgegeben werden, nach inoffiziellen Schätzungen beläuft sich die Menge der freigesetzten Radioaktivität auf 6,5 Mia. Curie

Folgen:

1. **Technische Probleme:** Radioaktive Material, das über weite Landstriche verteilt ist, muss unschädlich gemacht werden und in einer sicheren Lagerstätte dauerhaft isoliert werden. Die abgebrannten Brennelemente – 30.000 Brennstabbündel mit Mia. Curie Radioaktivität müssen sicher gelagert werden. Alternative Energiequellen müssen entwickelt werden.
2. **Ökologische Probleme:** Dnjepr – Becken vor weiterer radioaktiver Verseuchung schützen (Dekontaminierungsprogramm) und die Zone soll in den Zustand vor der Katastrophe zurückgesetzt werden.
3. **Medizinische Probleme:** Bevölkerung muss vor den Strahlungen geschützt werden, dafür müssen Dosimeter verfügbar sein. Es darf keine durchschnittliche Strahlendosis – Toleranz des Gesundheitsministeriums geben, jeder muss seine individuelle Dosis kennen, die aus externer und interner Bestrahlung sich zusammensetzt. Strahlenmedizin voranbringen und spezialisierte Polikliniken entwickeln. Dazu eine nationale Strahlenschutzkommission.
4. **Sozialpolitische Probleme:** Herrschende Zensur, die die Wahrheit über die Reaktorkatastrophe und ihre Folgen verhindert, aufheben. Öffentliche Sachkenntnis über ökologische Fragen, Durchführung von Forschungsprojekten, Anstrengungen aller, die kontaminierten Gebiete wieder mit Leben zu erwecken.
5. **Ökonomische Probleme:** Tschernobylreaktoren müssen endgültig abgeschaltet werden. Es waren schwerwiegende Konstruktionsmängel des Reaktors, dazu auch Steuerungs- und Schutzsystem und mangelhafte Bedienungsvorschriften. Der Unfall war also gleichsam vorprogrammiert. Also Zeitplan für die endgültige Stilllegung. Dazu gehört eine langfristige Finanzierung der Schadensbeseitigung.
6. **Psychologische Probleme:** Den Menschen die Lage klarmachen und auf die kommenden tragischen Folgen aufmerksam machen.

Zurück zu „*chernobyl-info*“ mit Erinnerungen:

Atomstrahlung kennt keine Staatsgrenzen!

Am 25. April 1986 waren **354 stromliefernde Reaktoren** auf der ganzen Welt im Betrieb. Einer ging kaputt, Folge war das bisher **größte Atomdesaster**.

„**Friedliche Nutzung der Atomkraft**“ wurde in der Nachkriegszeit jahrzehntelang als Segen für die Menschheit angesehen, nach dem Motto „*sauberer, billiger Strom aus sauberen Kernkraftwerken*“.

Viele Reaktoren, ursprünglich zur Herstellung von Atomsprengstoff gebaut, wurden für zivile Zwecke umgerüstet, dabei kam die Sicherheit zu kurz. 1953 nannte der US-Präsident Eisenhower das Programm „**Atome für den Frieden**“

Atomkraft – Auslaufmodell mit Zukunft

(dpa Vorlage Nr. 4)

Die Atomkraft hat sich zur wichtigsten Alternative zu Kohle, Gas und Öl entwickelt. In **Frankreich** ist 2003 ihr Anteil **78 %**, in **Deutschland 30 %**, **weltweit ist er 17 %**.

Schaubild: Anteile weltweiten Stroms

Frankreich argumentiert mit der Unabhängigkeit durch die Atomkraft, dazu kommt der Umweltschutz, denn dort ist die Emission von Kohlestoffgasen von 1980 – 1998 um 17 % gefallen.

Allerdings hat der Kernbrennstoff Uran 235 – wie Kohle und Öl – in der Natur nur **begrenzte Vorräte**. . Nach französischen Berechnungen betragen die weltweiten Reserven bei **wirtschaftlich tragbaren Kosten noch 68 Jahre**; bei Ausnutzung aller technischen Mittel 118 Jahre. Das sind 6 Jahre weniger als die Reichweite des Rohöls.

Mit der **Aufbereitung** abgebrannten Kernbrennstoffs können die Reserven intensiver genutzt werden, das mindert die Menge des Atommülls. Aufbereitungsanlagen befinden sich in Sellafield (Großbritannien) und La Hague (Frankreich).

Das Uran geht zu Ende, Sicherheitsprobleme bleiben. Nicht gelöst ist die Frage nach der **Endlagerung dem Jahrtausende lang strahlenden Atommüll!**

Deutschland lagert (Zwischenlagerung) seinen Atommüll in den Salzstöcken von **Gorleben**. Frankreich sieht ab 2020 tiefere Erdzonen für die Endlagerung vor.

Neben der Lagerung ist der Reaktorbetrieb selber ein Risiko, Havarie 1979 in Harrisburg und 1986 Kernschmelze und Reaktorexpllosion in Tschernobyl.

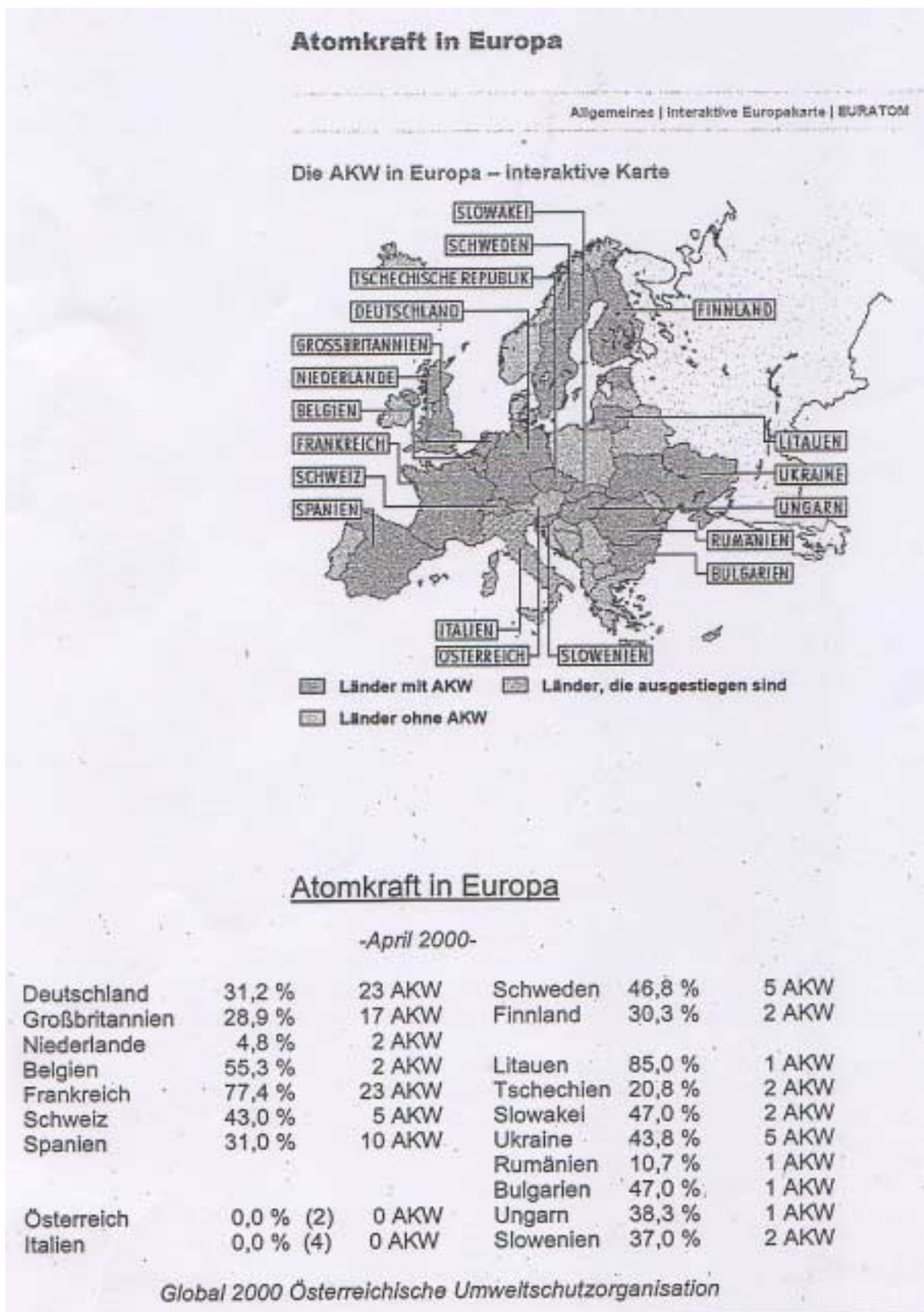
Schaubild: Atomkraft Deutschland

Anfang 2003 waren weltweit 441 Reaktoren am Netz, 19 davon in Deutschland, 99 waren bereits stillgelegt und 32 im Bau. Umweltschützer kritisieren zusätzlich noch: **Kernkraft kostet viel Forschungsmittel und blockiert so die Entwicklung alternativer Lösungen**. Kernkraft erhöht die Gefahr der Verbreitung von Atomwaffen (*siehe Iran, Nordkorea*) Hinzu kommt seit dem 11. Sept. 2001 das Risiko von **Terroranschlägen**.

Frankreich setzt auf den **Europäischen Druckwasserreaktor (EPR)**, durch ihn soll die **Kernschmelze um 90 % verringert** werden. Dadurch könnte ein „zweiter Frühling“ eingeleitet werden, an dem auch Siemens mit Areva beteiligt ist. Neben der Kernspaltung steht eine weitere Atomkraft zur Verfügung.

Die **Kernfusion** - eine Fusion von Wasserstoffisotope Deuterium und Tritium zu Helium, das würde dem Inneren der Sonne entsprechen und somit theoretisch alle Energieprobleme

lösen; es wird aber bisher mehr Energie verbraucht als sie erbringt.



Ist also die Kernfusion die Lösung aller Energieprobleme ?
 EU will mit USA, China, Japan, Südkorea und Kanada bis 2015 den Versuchsreaktor ITER bauen. Die Entscheidung über das Projekt mit Kosten von 4,7 Mia. € ist immer wieder verschoben worden, zumal erst Mitte des Jahrhunderts feststeht, ob sie die Kernfusion wirtschaftlich lohnt.

Deutschland



>> History
 >> Entsorgung
 >> WAA
 >> Links

<< zurück zur Europakarte

Sfendal	storniert	Atomausstieg: -Koalitionsvertrag 1998- 1. Änderung Atomgesetz 2. Gespräche der Bundesregierung + Energieversorgungsunternehmen 3. Gesetz zur Beendigung der Kern- kraftnutzung (einschl. Entsorgung radioaktiver Abfälle)
Greifswald	1990 stillgelegt	
Rheinsberg	1990 stillgelegt	
Lingen	1979 stillgelegt	
Würgassen	1995 stillgelegt	
Hamm-Üntrop	1989 stillgelegt	
Niederaichbach	1974 geschlossen	
Leopoldshafen	z.Zt. geschlossen	

Teil II: „Als hätte es Tschernobyl nie gegeben“

Dr. Wolfgang Hingst, Wien

Bis heute ist die zivile Nutzung der Atomkraft in weltweit 440 AKW's eng mit der Atomwaffenindustrie verbunden. Nach der Tschernobylkatastrophe ist die Atomindustrie aber auf „Tauchstation“ gegangen, hofft jetzt aber auf eine **Renaissance**, als hätte es Tschernobyl nie gegeben.

Das nukleare Establishment kämpft um seine Arbeitsplätze und boykottiert zugleich eine alternative Energiepolitik. Das ist nicht weiter verwunderlich. Aber, dass Staaten, die EU und internationale Organisation wie die WHO (Weltgesundheitsorganisation) und die UNO, von der Atomlobby beherrscht und gegängelt werden, ist empörend!

Krebshäufigkeit steigt nicht nur um Tschernobyl

Mikhail Malko, Physiker an der Akademie der Wissenschaften in Minsk beschreibt, dass zum Schilddrüsenkrebs auch **Magen-Lungen-, Brust- und andere Tumore** hinzugekommen sind. Und weiter: Es ist nicht nur auf Tschernobyl begrenzt; der amerikanische Atomforscher John Gofman kommt zum Ergebnis, dass es **weltweit 1 Mio. Krebsfälle** geben werde, die Hälfte davon mit tödlichem Ausgang.

Als Vergleich dazu die Studie 2000: In der **Umgebung der AKW's Gundremmingen, Isar und Grafenheinfeld** **Krebshäufigkeit um 20 % erhöht**. Vor allem Nierenkrebs und Karzinome (bösartiges Krebsgeschwür) des Zentralnervensystems

Man weis um die Erhöhung des Krebshäufigkeit in der Umgebung der AKW's seit langem, aber es geschieht nichts, denn Profitinteressen führen zur Ignoranz.

Kein Wort von dem intern. Atom-Establishment darüber, dass durch den Super-GAU die **Nordhalbkugel unseres Planeten verseucht** ist,

dass eine **Todeszone von 60 km** Durchmesser um Tschernobyl nicht bewohnt werden kann. Dass **55.000 Menschen als Liquidatoren** zu Aufräumarbeiten abkommandiert wurden (junge Rotaarmisten) sie sind **sterbenskrank oder tot**, **400.000 Menschen ihre Wohnorte für immer verlassen mussten.**

Und der **materielle Schaden Hunderte Mia. €** beträgt. Wäre der Unfall in Mitteleuropa geschehen, wären die Opferzahlen wesentlich höher.

3.5 Mio. Menschen sind in Weißrussland, der Ukraine und Russland an den Folgen der Verstrahlung durch den Super-Gau **erkrankt, ein Drittel davon Kinder.**

Die Zahl der Tumorkranken ist gestiegen, besonders bei **Schilddrüsenkrebs und Leukämie.**

In Weißrussland hat sich die Leukämieerkrankung bei Kindern verzehnfacht – weltweit die höchste Rate!

Die Strahlenwolke überwand Staats- und Blockgrenzen, Die radioaktiven Strahlungen wirken weiter, so dass **zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht alle Opfer des Tschernobyl- GAU geboren sind!** Sie wirkt also **über die Generationen hinweg.** Ein hochrangiger weißrussischer Politiker befürchtet als **Spätfolgen an die 2 Mio. Opfer.**

Die Krebsraten steigen

Das kann man am **Chemotherapeutika – Weltmarkt** ablesen: Er hatte sich bereits zwischen 1980 – 1999 verdreifacht. Anfang 1990 lag der Umsatz bei 500 Mia. \$.

Die jährliche Krebsrate ist auf 5 Mio. Fälle gestiegen. **Weltweit ist der Markt** von 1989 – 1999 auf das Vierfache gestiegen.

Der **Weltkrebsbericht der WHO** geht davon aus, dass bis 2020 die Zahl der Tumorerkrankungen um 50 % auf **15 Mio. Menschen steigt.**

Andere Prognosen gehen von noch höherer Steigerung aus.

Skandalös ist die Interpretation der Daten durch die WHO selber: Ursachen der steigenden Krebsraten seien die höhere Lebenserwartung, ungesunde Ernährung und Tabakkonsum. Man traut dem WHO nicht, denn **an ihrer Spitze sitzen Vertreter der größten Pharma-Konzerne** der Welt, die nur eines im Sinn haben, den Profit!
 Ein gigantischer **Skandal**, dass die **politische Verantwortlichen** der Welt die unfassbaren Steigerungsraten beim Krebs hinnehmen und **keine gravierenden Gegenmaßnahmen ergreifen** und die **Wissenschaft privatisieren**, d.h. kommerzialisieren lässt.

Noch ein Blick auf die AKW's in Tschechien, der Slowakei, Ungarn und der Ukraine:

Schaubild: Atomkraft Europa

Das **tschechischen AKW Temelin** ist wie **Mohuvce** in der **Slowakei** oder **Pacs** in **Ungarn** ein Zwitter aus östlicher und westlicher Technologie und daher ungeheuer störanfällig. Sie werden aber auf- und umgerüstet. Der gefährliche Reaktor **Bohunice Slowakei** wurde 1995 entgegen den Zusagen nicht vom Netz genommen. Es wurde mit den westlichen **Atom-multis** (Bayerwerke, Siemens, Electricite de France) gebaut. Und es wird durch die Europabank, an der Brüssel 51 % hält, mitfinanziert.

Praktikable Vorschläge zur Stilllegung werden ignoriert.

Somit kommen wir zur Rolle der EU

Prag mauert weiter wie in Zeiten des Kommunismus. Alle Anti-Termelin-Initiativen vergeblich. **Die EU macht`s möglich, am 5. Nov. 1999 wurde in Brüssel ein sogen. Kompromiss beschlossen.**

Man gab sich mit den üblichen Sicherheitspraktiken zufrieden, selbst auf eine Nachrüstung auf den neuesten Stand der Technik wurde verzichtet.

Davon wollten aber die Politiker in Brüssel, Berlin und Wien wegen der EU-Ost-Erweiterung nichts wissen, zumal diese mit der Nato-Ost-Erweiterung eng verflochten war. Frankreich und Großbritannien signalisierten als Atommächte den Kleinen der EU kaum Mitspracherecht.

input: **Schreckensvision Atomstaat**

„**Wer Radioaktivität freisetzt, plant den Tod mit ein**“ sagt *J.W. Gofman*. Er beschreibt 1970 die extreme Gefährlichkeit von Plutonium aus AKW`s. So geht es heute um den Gegensatz „**Sonnenstaat kontra Atomstaat**“.

Die Atomlobby setzt auf den „**kategorischen Imperativ des Geldes**“ (*Nestroy, Belarus*)

Über Kapital verfügen die Atom-Konzerne dank der Förderung aus Steuergeldern.

Teil III: Europäische Elektrizitätsversorger

- *Hingst weiter* -

Die europäischen Atomriesen haben bereits große Teile der ungarischen Elektrizitätsversorger aufgekauft, versuchen jetzt die österreichische Energiewirtschaft in den Griff zu bekommen.

... Ausverkauf österreichischer Wasserkraft

Hier macht der Rechtspopulist Haider beim Verkauf der Kärntner Energieholding an den größten deutschen Energiekonzern **RWE** (Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke) mit. Sie ist eine der größten Atommultis in Europa. Ein fünftel des Stroms kommt aus AKW`s.

RWE ist größter Importeur von tschechischen Atomstrom. RWE wird durch ein „Ökomix“ von Atom- und Wasserkraft Drehscheibe in Mittel- und Südosteuropa. Zur Personale: Laurenz Meyer (CDU-Ex-Generalsekretär) gehörte zu der Chefetage.

Der österreichische Verbundkonzern ging eine „Hochzeit“ mit dem Chemie- und **Astromriesen E.ON** ein. Aus der Fusion

Veba und Viag entstand E.ON. Sie ist nach der französischen EdF Europas größter Atomstromerzeuger. Hier sitzen der ehemalige parteilose Bundeswirtschaftsminister Müller und sein SPD-Staatssekretär wieder in den Vorstandsetagen.

Das EU-Parlament stimmte 2001 für das von der Kommission vorgelegte Grünbuch zur „Versorgungssicherheit im Energiebereich“. In dem heißt es, dass nur die Atomenergie die zukünftige Energieversorgung Europas sichern könne. Die Förderung erneuerbare Energie führt weiter ein Nischendasein.

Die AKW-Lobby brüstet sich damit, dass Atomstrom enorm billig sei. Gefahren und Schäden werden verschwiegen. Es wird vertuscht, dass die **Endlagerung von hochradiaktiven Müll nicht gelöst** ist. Ist sie überhaupt lösbar?
Plutonium 239 hat eine Halbwertszeit von 24.360 Jahren.

Teil IV: Klärung von Gesundheitsfolgen des Tschernobyl-Unfalls stößt auf Widerstand

Dazu jetzt einige Aussagen von *Prof. Dr. Lengfelder*, Institut für Strahlenbiologie der Ludwig-Maximilians-Universität, Otto Hug Strahleninstitut und Deutscher Verband für Tschernobylhilfe – alle München. *u.a. als ZEIT-Artikel*

Der Generalsekretär der UNO Kofi Annan hat wiederholt betont, dass Millionen von Menschen weiterhin von den Tschernobylfolgen betroffen sind und dass unter den Ländern der GUS Belarus am stärksten durch die radioaktive Ablagerung und das Auftreten von Schilddrüsenkrebs betroffen sind. International gibt es aber eine intensive und kontroverse Diskussion darüber, in welchem Ausmaß die Gesundheitsstörungen durch die Strahlenbelastung verursacht wurden.

Schaubild: Institutionen UNO usw.

Die Internationale Atomenergieagentur (**IAEA**) organisierte 1990 das „Internationale Tschernobyl-Projekt“, daran beteiligt **Europäische Kommission**, „Wissenschaftskomitee über die Auswirkung von atomarer Strahlung“ der Vereinten Nationen (**UNSCEAR**) und viele westliche Staaten und Organisationen. 200 Wissenschaftler aus dem Westen und 500 aus der UdSSR wurden von den Regierungen dafür aufgeboden.

Das IAEA-Team schlussfolgerte 1991 (führend *Prof. F. Mettler*, USA) dass es **keine Gesundheitsstörungen** gibt, die direkt der Strahlenbelastung zugeordnet werden können. Vielmehr seinen psychologischer Stress und Verängstigung die Ursache der zu beobachtenden Gesundheitsstörungen.

In Wirklichkeit war zu diesem Zeitpunkt die Zahl der Schilddrüsenfälle bei Kindern in Belarus bereits 30mal höher als in den 10 Jahren vor der Katastrophe.

Die IAEA war nicht bereit, die Ergebnisse belarussischer und ukrainischer Wissenschaftler in ihre Studien einzubeziehen.

Ein neuer Bericht des UNSCEAR – Komitees von 2000 enthält nun aber seltsamerweise den Schluss: dass es keinen Beweis für größere Folgen für die öffentliche Gesundheit gibt, die man 14 Jahre nach dem Unfall der Strahlenbelastung zuordnen kann. Abgesehen eines hohen Anteils an behandelbaren, nicht-tödlichen Krebserkrankungen bei Kindern. Es gibt keinen Beweis für einen Anstieg der nicht bösartigen Krankheiten und Krebssterberate, die zur Strahlenbelastung in Beziehung gebracht werden können.

Dieser Bericht ignoriert auch die große Zahl wissenschaftlicher Publikationen, die den Anstieg nachweisen.

Dieses UN-Komitee besteht nicht aus unabhängigen Wissenschaftlern, sondern aus Repräsentanten der Regierungen der 21 Nationen, die starkes Interesse an der Nutzung der Nuklear-energie haben.

Da unabhängige Wissenschaftler der GUS und des Westens weiterhin vom Anstieg beim Schilddrüsenkrebs berichteten, aber IAEA, UNSCEAR, US-Regierung und Regierungen in Europa den Zusammenhang mit Strahlung leugneten, sandte die WHO (Weltgesundheitsorganisation) andere Experten in die Region, die wiederum die Befunde über die gestiegene Fälle von Schilddrüsenkrebs bestätigten.

Allein im Verwaltungsgebiet Gomel haben etwa 400.000 Menschen, die zum Zeitpunkt des Unfalls Kinder oder Jugendliche waren, ein hohes Schilddrüsenkrebsrisiko und benötigen regelmäßige Kontrolluntersuchungen.

Die BBC wies aber in einem TV-Bericht nach, dass *Prof. Mettler* bei pathologische (organisch – anatomisch) Präparate von 20 ukrainischen Kindern die Bösartigkeit von Tumoren bestätigt hatte, diese aber nicht in seinem Bericht berücksichtigte.

Das alles führte dazu, dass seitens der UNO und internationaler Organisationen keine angemessenes Hilfsprogramm gestartet wurde. So ging dann wertvolle Zeit verloren!

Hinterrund der Ablehnung:

US-Regierung fürchtet Schadenersatzforderungen

Ihr Energieministerium setzte in den 50er Jahren absichtlich eine Wolke mit radioaktivem Jod-131 frei, um zu testen, wie gut man eine solche Wolke verfolgen kann. Dazu kamen weitere Kontaminationen (Verschmelzung) aus den Atomwaffentests der Freisetzung großer Mengen Radiojod aus der Nuklearanlage in Hanford. Der Schilddrüsenpathologe (organisch – anatomisch Veränderungen) Williams bestätigte, dass große Gebiete der USA der erhöhten Belastung von Radiojod ausgesetzt waren.

Nach den Gesetzen der USA könnten auf die Regierung Regressforderungen der Bürger über viele Milliarden zukommen, die diese natürlich vermeiden will.

So geht es der US-Regierung darum, einen Zusammenhang von Krebserkrankung und Strahlung im Tschernobylgebiet als wissenschaftlich nicht begründbar herzustellen und somit sich auch gegen Regressfolgen im eigenen Land zu vermeiden. Das in voller Übereinstimmung der Atomindustrie.

Teil V: Internationale Forschungsprojekte zum Thema Schilddrüse in Belarus

- IPPNW nach Lengfelder -

Zwei internationale Forschungsprogramm über die gesundheitlichen Folgen für die Bevölkerung in Belarus sind von Interesse. Es soll eine kooperative Forschungsgruppe gebildet werden, um Konkurrenz zu vermeiden. Z.Z. werden die Daten zentral in Großbritannien gesammelt, ein Leitungsteam, in dem westliche Staaten die Mehrheit haben, entscheidet, welche Forschergruppe Krebsproben erhält.

Bevölkerung von Belarus und der Ukraine als Versuchsobjekte Internationaler Forschung

In Belarus startete 1996 (kurz nachdem in der USA Regressforderungen gestellt wurden) das internationale Projekt „BelAm.Projekt“ in der Ukraine „UkrAm-Projekt“.

In einer Kohorte von 12.000 Personen soll über 30 Jahre beobachtet werden, wie viele Schilddrüsenerkrankungen einschließlich Krebs auftreten. Kritik daran: Hier wird lediglich untersucht, Behandlung und Nachsorge wird dem Gesundheitssystem von Belarus überlassen. In den USA und in Europa sind personenbezogene Untersuchungen nur zulässig, wenn zugleich adäquate medizinische Behandlung garantiert ist.

Allein im Verwaltungsgebiet Gomel haben etwa 400.000 Menschen, die zum Zeitpunkt des Unfalls Kinder oder Jugendliche waren, ein hohes Schilddrüsenkrebsrisiko und benötigen regelmäßige Kontrolluntersuchungen.

So haben bis heute zur Behandlung der gesundheitlichen Tschernobylfolgen in Belarus fast nur Aktivitäten Nicht-staatlicher Organisationen eine Bedeutung:

1991 startete das **Otto Hug Strahleninstitut** mehrere langfristige Behandlungs- und Forschungsprojekte zum Krebs und Erkrankung der Schilddrüse in Belarus. Es kooperiert mit verschiedenen Universitätsinstituten in Belarus und im Westen und hat Verträge mit dem Gesundheitsministerium in Belarus.

Seit 1993 wird im Rahmen dieses Projektes das **Schilddrüsenzentrums Gomel** – wie bereits erwähnt - betrieben, das mehr als 90.000 Patienten dieses Verwaltungsgebietes medizinisch betreut. Seit 1995 arbeitet das Labor „Nationales Schilddrüsenzentrums Belarus“, das bisher über 7.800 bösartige Schilddrüsenenerkrankungen diagnostizierte. 1997 startete das Projekt „Radiojod-Therapie“, das über 2.100 Diagnosen und Therapien geben konnte. Insgesamt haben die Projekte des Otto Hug Strahleninstitut über 13 Mio. € aufwenden können.

Der **Deutsche Verband für Tschernobyl-Hilfe (DVTH)** ist eine Dachorganisation von über 80 nicht-staatlichen Organisationen auf dem Gebiet der sozialen Rehabilitationen und medizinischen Versorgung
Deren Hilfe liegt bei etwa € 75 Mio.

Schaut auf die kollektive Schilddrüsendosis

Die verschiedenen Angaben zur Anzahl von Schilddrüsenkrebsfällen in Belarus belaufen sich zwischen 1.200 und etwa 10.000 Fällen.

Diese unterschiedlichen Zahlen ergeben sich aus den unterschiedlichen Einschätzungen nach Risikoschätzungsmodell, Einteilung der Patienten in verschiedene Gruppen, rekonstruierte Strahlendosis und Einschätzungen von Wissenschaftlern, dass Radiojod keinen Krebs auslösen kann.

Die Autoren dieses Beitrages (*Lengfelder und Kollegen*) haben in dem Zeitraum von 1976 – 1999 eine Untersuchung in der Tschechischen Republik abgeschlossen. Die Basis der Untersuchung waren 247 Mio. Personenjahre, sie ergab einen jährlichen Anstieg von 2,1 % bei Schilddrüsenkrebs, ab 1988 zusätzlich 2,3 %. Tschechien war einer kollektiven Schilddrüsenedosis nach der Tschernobylkatastrophe ausgesetzt und so kann wissenschaftlich gefolgert werden, dass radioaktives Jod aus Tschernobyl die Ursache für die gehäuften Erkrankungen ist.

Und sie fordern weiter: **Wissenschaftliche Forschung an Hilfe und Unterstützung für die Bevölkerung koppeln!**

Die Organisationen, deren Forschungsprojekte die Tschernobylfolgen betreffen, sollten verpflichtet werden, einen großen Teil der Therapie und Nachsorge für die Bevölkerung garantieren. Gerade für die, für die weiter ein erhöhtes Krebsrisiko besteht.

Der Nutzen aus der Erforschung der Tschernobylkatastrophe für Wissenschaft und die Staaten des Westens sollte für die Bevölkerung aus den betreffenden Ländern der GUS adäquate medizinische Betreuung und Behandlung nach sich ziehen. Die Qualität des gesundheits- und Behandlungssystem muss in den betroffenen Ländern erhöht werden.

VI: Krankheitsfolgen:

Dr. Elsbeth Malthes **ZEIT**

Der amerikanische Spezialist *John D. Gofmann* schlägt im Hinblick auf das CORE- Programm vor, dass vorher Ärzte die Möglichkeit haben, vor ihren Interventionen die Validität (Gültigkeit, Übereinstimmung) dieser zu überprüfen. Spezialisten sollen beurteilen, welchen Einfluss die Kontamination mit radioaktiver Strahlung auf Kinder hat und welche Maßnahmen dagegen hilfreich wären.

Schaubild: Aufstellung

- a) **Kardiologen** (Herzspezialist) sollen die Anormalität des EKG's bei Kindern prüfen und in einer Doppelblindstudie die Belastung durch Cäsium 137 und die Risikofaktoren der Umwelt, einschließlich Nahrung analysieren
- b) **Endokrinologen** (Drüzenspezialist) und **Gynäkologen** sollen Zyklusstörungen nach der Pubertät und die Fruchtbarkeit in Familien mit den Belastungen untersuchen und vergleichen
- c) Schwangere, die seit Jahren im verstrahlten Gebiet leben, sollen absorbierende (aufsaugende) Medikamente erhalten – aber schützen diese den Fötus ?
- d) **Augenärzte** sollen die Trübung der Linsen und den grauen Star in Verbindung mit den Belastungen untersuchen
- e) **Endokrinologen** sollen die Inzidenz (Einfall von atomaren Teilchen in ein bestimmtes Gebiet) im Blick auf neue Erkrankungsfälle wie Typ-I-Diabetes untersuchen, wie auch den Verstrahlungszusammenhang bei Bauchspeicheldrüsen und Schilddrüsenerkrankungen evaluieren (abschätzen)
- f) **Infektologen** sollen den Rückfall bei Infektionen des Harntraktes, Bronchitis (Entzündung der Schleimhäute und Luftröhre) beobachten
- g) **Allergologen** (Spezialisten für krankhaft veränderte Reaktionen des Organismus auf bestimmte körperfremde Stoffe; insbesondere Blütenpollen) sollen Korrelation (Wechselwirkung) allergischer Erkrankungen und radiaktiver Kontamination untersuchen
- h) **Gastroenterologen** (Magen- und Darmspezialisten) Korrelation zu Zwölffingerdarmentzündungen und Gastritis (Magenschleimhautentzündung)
- i) **Neuropsychiater** (Spezialisten auf dem Gebiet des Zusammenhangs nervaler, psychischer und geistiger Krankheiten) sollen geistige Entwicklungsverzögerungen untersuchen
- j) **Onkologen** (Spezialisten für Geschwülste) sollen Fallstudien durchführen

Nachtrag:*Alfred Körblein, Umweltinstitut München 2003*

Die frühe **Säuglingssterblichkeit** nahm 1987 nicht nur in den von der Katastrophe betroffenen 3 Ländern zu, sondern auch in Polen und Deutschland. Grund dafür war die Belastung von **Cäsium** für die schwangeren Frauen.

1989 gab es dann in Weißrussland und in der Ukraine einen zweiten unvermuteten Anstieg der Säuglingssterblichkeit. Dafür ließ sich eine Beziehung zur Belastung mit **Strontium** herstellen.

Der Cäsiumeffekt ließ sich auf 1987 begrenzen, der Strontiumeffekt bis zum Ende des Untersuchungszeitraum 1989. Der letztere überstieg der ersteren um das 10fache. Das wird aber bis heute bei den Dosisfaktoren unterschätzt. Somit stehen neben den akuten insbesondere auch die langfristigen gesundheitlichen Folgen jetzt im Mittelpunkt der Untersuchungen.

Strontium wird anstelle von Cäsium in die Knochensubstanz eingebaut. Erst in 28 Jahren zerfällt es bis auf die Hälfte. Ein durch Strontium belasteter Organismus bleibt quasi sein Leben lang bestahlt.

Strontium ist übrigens auch radiaktives Folgeprodukt von Kernwaffenexplosionen.

VII: Die Folgen von Tschernobyl*IPPNW*

Nach *Prof. Dr. med. Edmund Lengfelder* – Lehrstuhl für Strahlenbiologie an der Uni München, Vors. Otto Hug Strahleninstitut und Vors. Deutscher Verband für Tschernobylhilfe –

sind bereits bis 2001 **70.000** Menschen an den Folgen von Tschernobyl gestorben.

Dazu gehören rund **50.000 Liquidatoren**, (bis Ende 1999) der etwa 800.000 (nach WHO) als Aufräumhelfer (am Reaktor, Evakuierung der Bevölkerung und Vieh, Bau des Sarkophags, Waschen von Ortschaften) eingesetzt waren (Strahlenschäden und Suizid).

Nach russischen Angaben sind heute ein großer Teil der Liquidatoren Invaliden und leiden an Herz-Kreislauf-Problemen, Lungenkrebs, Entzündungen im Magen- und Darmbereich, Tumoren und Leukämie.

(Totgeburten, Missbildungen und Krebs auch in Deutschland. Man geht von mehreren 100 Kindern aus, die während und nach der Geburt aufgrund der Strahlenbelastung starben.)

Aufgrund der Prognosen der WHO erwartet *Lengfelder* besonders in der Region Gomel, dass mehr als 100.000 an Schilddrüsenkrebs erkranken werden.

1995 wurde in Belarus der Höchststand der Schilddrüsenkarzinome (bösartiges Krebsgeschwulst) bei Kindern erreicht. Aber die betroffenen Jugendlichen und Erwachsenen nehmen das diesbezügliche Risiko für den Rest ihres Lebens mit.

Zunahme von **Brust-, Lungen-, Magen-, Haut- und Prostatakrebs**; bei Frauen hat sich die Brustkrebserkrankung innerhalb der letzten 10 Jahre verdoppelt.

Geburtenrückgang und Beeinträchtigung von Schwangerschaften. Pathologien in der Ukraine (Wissenschaft vom Leiden, krankhaft veränderte Organe)

Bis heute engagiert sich – außer Datensammeln – keine **UNO, keine WHO, keine IAEA, keine EC (Kommission der EG), keine westliche Regierung** an einer kontinuierlichen Diagnostik, Therapie und Nachsorge von Patienten mit Schilddrüsenkrebs in Belarus beteiligt. Das wird insbesondere durch die NGO Otto Hug Strahleninstitut geleistet.

Knebelvertrag IAEA : WHO

Schaubild

Die WHO war bisher sehr zurückhaltend bei der Berichterstattung über die Tschernobylfolgen und, sie hat den unrichtigen Behauptungen der UN-Organisationen IAEA und UNSCEAR nicht widersprochen.

Daran bindet sie ein Vertrag vom 28.5.59. Darin haben WHO und IAEA vereinbart, dass in enger Zusammenarbeit handeln uns sich gegenseitig konsultieren, die WHO anerkennt die Aufgaben von Forschung und Anwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke der IAEA; beide erkennen an, dass gewisse Einschränkungen zur Wahrung vertraulicher Informationen anzuwenden sind.

Dadurch kann die IAEA – dem Sicherheitsrat der UNO direkt unterstellt - verlangen und darauf vertrauen, dass Forschungsergebnisse zu den Gesundheitsfolgen der Tschernobylkatastrophe der WHO, die für die Interessen und Zielen der IAEA nachteilig sind und den Status der Vertraulichkeit haben, von der WHO der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht werden dürfen.

VIII: Wie steht die EU zu Tschernobyl ?

MdEU Elisabeth Schröder, Grüne

Der Vertrag Memorandum of Understanding wurde am 20.12.1995 in Ottawa von den G7 und Ukraine unterzeichnet.

Ziel darin, die Ukraine bei er Entscheidung, das explodierte KKW vollständig zu schließen, zu unterstützen.

Es geht darin um :

1. Umstrukturierung des Energiesektors
2. Investitionsprogramm für kreditfinanzierte Projekte für Alternativkapazitäten
3. Sicherheit im nuklearen Bereich – Plan für den Sarkophag
4. Sozialplan für die Arbeiter von Tschernobyl

Dieses ist nur ein Plan für die Ukraine, Belarus, das Land der Opfer der Katastrophe hat kein vergleichbares Programm bekommen.

**Partnerschafts- und Kooperationsabkommen –
Vertragsgrundlage für die Zusammenarbeit mit den GUS-
Staaten**

Dieses Programm (PCA) ist seit dem 1.3.1998 in Kraft. Es beinhaltet eine umfassende **Handels- und Wirtschaftskooperation** mit dem Ziel einer gemeinsamen Freihandelszone. Dazu ebenfalls Zusammenarbeit im Bereich der Energie, der Forschung und Entwicklung und des Umweltschutzes.

Gesundheit und Soziales sind als Schwerpunkt nicht vorgesehen! Das bedeutet für die Tschernobyl-opfer: Internationale Hilfsaktionen lassen sich aus dem PCA nicht herleiten.

Für Belarus war ein PCA 1995 auch vorgesehen. Da Lukaschenko 1996 die demokratische Verfassung (Rechtsordnung, Anerkennung von Menschen- und Minderheitrechte) außer Kraft gesetzt hat, waren die Voraussetzung für eine Ratifizierung nicht mehr gegeben.

Aktionspläne:

Gesamtplan für die Ukraine vom Dezember 1999

Schwerpunkt I

Unterstützung des **demokratischen und ökonomischen Wandlungsprozesses** für Staatsführung, Gerichtswesen und Menschenrechte.

Förderung einer breiten NGO-Szene mit TACIS-Fond (techn. Hilfe für GUS-Staaten); auch hier explizit

Folgen der Katastrophe und Fragen der Opfer nicht erwähnt.

Schwerpunkt II

Sicherheit und Stabilität für Europa im Hinblick auf die Umwelt, Energie und nukleare Sicherheit; Reform des Energiesektors, Preisliberalisierung, Privatisierung, Einkauf westlicher Unternehmen in den Energiemarkt.

Mittelpunkt: Ersatzkraftwerke für Tschernobyl, nukleare Abfallwirtschaft, Dekontaminierung und Abbau des Tschernobylwerkes.

Die Kredite müssen von der Ukraine über Generationen durch Energielieferungen zurückgezahlt werden. Auch mit Energie aus Kmel'nizki und Rowno.

Das neue Kooperationsabkommen EURATOM und Ukraine soll die Zusammenarbeit in der Kernfusion erleichtern.

Der **Euratomvertrag** zwischen den EU-Staaten dient einzig der Förderung der Kernenergie – er untersteht keiner parlamentarischen Kontrolle.

Unter dem Deckmantel dieses Vertrages ist es Investoren mit westlichen Krediten Investitionen in den ärmeren östlichen Ländern für kerntechnische Anlagen voranzutreiben, die die westliche Zivilbevölkerung nicht mehr akzeptiert!

Schwerpunkt III

Vertiefte Kooperation zwischen EU und der Ukraine im Hinblick auf die **EU-Osterweiterung**.

Hilfsprogramme:

Für die Ukraine: Nationales TACIS-Programm mit 48 Mio. € für Wirtschaftreformen und Auslandsinvestitionen, 12,5 Mio. € für „Nuclear-Safety-Programm“ für Sicherheit und Modernisierung der AKWs und den Sarkophag 20 Mio. €.

Für den Bereich der humanitären Hilfe gibt es ab 2001 kein Geld! Die Programme der EU (ECHO) für die Opfer der Katastrophe laufen aus.

Für Belarus wirkt sich das Auslaufen des ECHO-Programms aufgrund der verschlechterten ökonomischen Situation noch härter aus

Schlussfolgerung:

Eklatanter Widerspruch in der Unterstützung der EU für Tschernobyl: Die Nutzung der Kernenergie in der Ukraine wird mit Mio. € weiter unterstützt und die Programme für die Opfer laufen aus!

Hintergrund des Widerspruchs ist der Euratomvertrag.

Dieser ist auf die Förderung der Kernenergie ausgerichtet und bindet große Mengen Geld. Abschaffung dieses Vertrages wäre ein Ausstieg aus der teuren Atomenergie europaweit und führt zu einer gerechten Verteilung von Hilfsgeldern.

IX: Grauer Strom und Stromimporte

(Greenpeace Deutschland)

Schaubild

Die **Liberalisierung des Strommarktes** seit 1998 bedeutete einen Scheideweg in Europa. Es überschwemmen Billigimporte „schmutzigen“ Atom- und Kohlestrom den Markt, Strom verliert als Handelsware an der Börsen den Herkunftsnachweis.

Der Beschluss zum Ausstieg aus der Atomkraft in Deutschland erweist sich als Bumerang: AKW´s gingen vom Netz,

Importierter Atomstrom ersetzt die abgeschalteten Kapazitäten.

Politische Rahmenbedingungen: 1985 EU-Verständigung auf gemeinsamen Markt ohne Binnengrenzen bis 1992. Das geschah, aber für den wirtschaftlichen Schlüsselfaktor „Energie“ später; der Bundestag verabschiedete dann 1998 das Energiewirtschaftsgesetz

Der Vertrag vom 19.12.1999 der Energieversorgungsunternehmen kompliziert den Vorgang und die „Mauer-Haltung“ der **alten Monopolisten erschwert gerade Ökostromanbietern** bis heute den Zugang zum Netz und somit zum Verbraucher.

Fusion: „**Vom Monopol zum Oligopol**“

In Deutschland hatten sich 1991 noch 8 große Verbundunternehmen den Markt geteilt, heute sind es noch 4: **E.ON, RWE, EnBW** und **Vattenfall**. Dazu drängt der französische Atomstromkonzern Electricite de France (EdF) auf den deutschen Markt. Dagegen kaufen sich die deutschen EVUs europaweit in ausländische Energieversorger ein.

E.ON goes East and West

Er ist größter westlicher Investor auf dem Energiesektor in Tschechien sowie durch Beteiligungen an litauischen, ungarischen Regionalversorgern auf dem osteuropäischen Markt präsent. . Es ist, gemessen am Stromabsatz seit 2001 **größter Stromkonzern Europas**. Er übernahm den drittgrößten britischen Versorger Powergen und beliefert mit dessen US-Tochter LG&E 840.000 Stromkunden der USA. **E.ON ist der größte privatwirtschaftliche Energieversorger der Welt.**

Börsenhandel und „grauer Strom“

Immer größere Stromgeschäfte werden über mehrere Zwischenhändler und **Strombörsen** abgewickelt. Seit 14.6.2000 läuft Deutschlands größte Strombörse in Leipzig, die Leipzig Power Exchange (LPX). Ab Sept. 2001 gibt es einen zweiten Marktplatz die European Power Exchange (EEX).

Das anonyme Geschäft über mehrere Zwischenhändler macht es schwer, die Herkunft des gehandelten Strom nachzuvollziehen. Eine gefährliche Entwicklung, denn die **deutschen EVUs weisen rund die Hälfte des von ihnen verkauften Stromes als „Fremdbezug“, also als „grauen Strom“ aus.** Die Erzeugungsart wird nicht angegeben.

Stromimporte aus „dreckigen“ Atom- und Kohlekraftwerke!
Nationale energiepolitische Entscheidungen verlieren zunehmend an Bedeutung. **Stromimporte aus Nachbarländern verändern den eigenen Energiemix im Land.**

An den östlichen EU-Außengrenzen drängen insbesondere die **osteuropäischen Billigstromproduzenten** auf den EU-Markt. Slowakei, Tschechien, Ungarn, baltische Republiken und Bulgarien (*zwischenzeitlich EU-Mitglieder*), die Ukraine und Russland exportieren Strom aus den Hochrisiko-Reaktoren (wie Tschernobyltyp) und dreckigen Kohlekraftwerken. Gerade aus Tschechien und der Slowakei bestehen bereits große Übertragungskapazitäten.

Z.B. über den „**Baltic Ring**“ rund um die Ostsee wird billiger und dreckiger Strom von Ost nach West exportiert. Da die Marktberreinigung durch **Fusionen auf wenige EVUs** anhält, ist der zukünftige Stromanstieg absehbar.

Stromimporte führen „Atomausstieg“ ad absurdum !

Zukünftig ist der Verbraucher durch den Handel mit billigem Atomimporten nicht mehr vor diesem geschützt. **Die abgeschalteten AKWs werden durch Atomstrom aus Frankreich und Osteuropa ersetzt.** So wird der Ausstiegsbeschluss in Deutschland konterkariert, denn die europaweit operierenden

Stromkonzerne haben nur ihre wirtschaftlichen Interessen im Blick.

Herausforderung für die **EU-Energiepolitik** ist der Aufbau einer **Energieinfrastruktur**, die

- a) den **Klimaschutz** Rechnung trägt und
- b) das **Risiko eines Super-Gaus beseitigt**.

Der Trend: „**Produktionsländer**“ und „**Verbraucherländer**“
Größter Produzent und Exporteur im westeuropäischen Verbund UCTE ist Frankreich. Langfristig weichen sie aber mit ihren Produktionsstätte in osteuropäische Länder mit billigen Strompreisen und niedrigen Standards aus. **Kann da die EU noch Rahmenbedingungen durchsetzen?**

Schafft es Deutschland, durch die Reform des Energiewirtschaftsrechtes die **Einführung der Stromkennzeichnung?**

Um das Recht auf **freie Wahl des Stromversorgers** zu gewährleisten, sind erforderlich:
politische Entscheidungen wie Ökogesetze, Energie-Einspeisungsgesetz und der Umbau der Energiewirtschaft zu regenerativen Energieträgern.

X: Windenergie in Schleswig-Holstein und die Energiesorgung im Kieler Umland

Schaubild

Nach Auskunft von Willi Voigt, Staatssekretär im Kieler Wirtschaftsministerium ist die Nutzung der Windenergie seit 1988 eine 15-jährige Erfolgsgeschichte. Z.Z. erzeugen gut 2.500 Windenergieanlagen rund 1.950 Megawatt Strom und somit 25 % des in SH verbrauchten Stroms. 3 Mia. € sind investiert worden und haben 4.000 Arbeitsplätze geschaffen, 275 Mio. € sind nach dem Erneuerbaren Energiegesetz ins Land zurück geflossen.

Ziel der Landesregierung ist, bis zum Jahr 2010 die Windenergienutzung auf 50 % zu steigern. Biomasse und Fotovoltaik spielen keine große Rolle.

Das soll durch „**Repowering**“ – viele kleinere und ältere Anlagen durch wenige große ersetzen – und „**Offshore-Windenergie**“ – Weg auf die Ost- und Nordsee – gelingen.

Dazu gehört auch die Ertüchtigung der Stromnetze, wobei die daran beteiligten Stromkonzerne E.ON, RWE und Vattenfall eher zögerlich sind (*siehe auch wiederholte Pressemitteilungen*) SH hat den guten Ruf des „**Windland Nr. 1**“

Die **3 Atomkraftwerke** (Brunsbüttel 807 MW, Brokdorf 1.395 MW und Krümmel 1.306 MW) liefern gut **70 %** des in SH erzeugten Stroms. Dieser wird aber nicht in SH verbraucht, sondern nach Hamburg, Niedersachsen und noch südlicher geliefert. Somit ist SH ein ausgesprochenes **Stromexportland**.

Offen ist, was unter der (voraussichtlich) neuen schwarz-roten Landesregierung an Energiepolitik herauskommt. Es könnte zu einer Verlängerung der Laufzeiten bei den AKW`s kommen, die aber nur durch eine Atomgesetzänderung auf Bundesebene möglich wäre. Das hätte dann erhebliche Nachteile für die erneuerbare Energie.

Und wie sieht es nun bei und „direkt vor Ort“ in **Heikendorf** und **Schönkirchen** aus?

Nach Auskunft von Frau Friberg vom **Gemeinschaftskraftwerk Kiel** versorgt dieses den Bereich von Kiel bis Lübeck zu 80 % (wobei pro Haushalt rund 3.600 KW-Verbrauch gerechnet wird) aus eigener Kohlekraftproduktion. 20 % ist – durch Verträge gebunden – Fremdeinkauf.

Das GKK ist als Tochter der Stadtwerke Kiel zu 50 % in der Hand des Anteilseigners E.ON. Die Fremdeinkäufe kommen über RWE, Vattenfall, Yello u.a., d.h. es ist –physikalisch gesehen – ein Strom-Mix! Der 20 %ige Fremdstromanteil kann also aus Kohle, Braunkohle, Gas, Wasser, Wind oder auch aus Atom kommen! Hier an der Ostsee spielt somit auch der „Baltic-Ring“ eine Rolle, über den Strom insbesondere von Schweden über Lübeck geliefert wird.

Insgesamt handelt es sich bei dem von uns verbrauchten Strom um einen „Strombrei“. D.h., wir Bürger haben nicht die Möglich-

keit, unser Recht, die Stromart selber zu bestimmen, einzufordern.

Die Frage nach den Zukunftsperspektiven ist schwer zu beantworten. Deutschlands Atomausstieg bedeutet, andere Energieträger zu nutzen, wie auch besonders die erneuerbare Energie. Aber, das geschieht im europäischen Verbund und da spielt – insbesondere durch Frankreich – die Atomkraft eine bedeutende Rolle. Die Nutzung der Atomkraft wäre aber bei einer neuen Regierung auch schwer gegen den vorhandenen Widerstand der Bürgerinnen und Bürger durchsetzbar.

XI: Eine Stimme aus Belarus:

*Genneradij Gruschewoj,
Stiftung „Den Kindern von Tschernobyl“*

**** Belarus hat eine eigene Schule der Tschernobylforschung.** Diese widerlegt die Lüge von, dass die Radioaktivität angeblich keinen Einfluss auf die Gesundheit und das Leben der Belarussen hat. Der totalitäre Staat kontrolliert und nutzt die Wissenschaftsergebnisse für eigene politische Zwecke. Die Forschungsmittel wurden um 10x gekürzt und unterliegen der Gemeinhaltung. So hat auch die Öffentlichkeit keine vollständigen und objektiven Informationen.

**** Das belarussische Programm der sozialen Absicherung der Havarieopfer war bis 1996 das beste** gegenüber dem von der Ukraine und Russland. Es wurde aber von unserer Regierung zurückgefahren und **ist faktisch außer Kraft**. Aber die bürgerliche und humanitäre Hilfe ist wie früher geblieben: Vergleich: **50.000 belarussische Kinder** erhalten Einladungen in viele Länder der Welt; für die Ukraine und Russland sind es zusammen etwa 10.000.

**** Gegenwärtig betrachtet unser Staat ca. 82 % unseres Territoriums als sauber.** Aber – heute hat 40 % unseres Territoriums einen höheren Radioaktivitätsstand als vor der Katastrophe. Die Wissenschaftler verwenden heute die Begriffe **„bedingt saubere Territorien“**, **„bedingt saubere**

Lebensmittel“ – wir könnten fortsetzen „**bedingt gesunde Menschen**“ und „**bedingt ökologisches Zentrum**“.

Es gibt Statistiken, die aussagen, dass in den

Tschernobylgebieten 10 – 15 % Lebensmittel aller Art „bedingt nicht sauber sind.“

Die meisten Radioaktivitätskontrollstellen im Gomeler und Mogilewer Gebiet sind geschlossen.

Man kann sagen, dass Lebensmittel aus der Tschernobylzone bis in die Geschäfte von Minsk, Vitebsk und Grodno kommen.

Wichtig ist weiterhin die Lebensmittelkontrolle.

Die Zahl von Erkrankungen, die auf die Radioaktivität zurückzuführen ist, wächst in Belarus stetig.

** Es gibt keine Statistik über die Tschernobyl-opfer. Zu den

Liquidatoren kann gesagt werden, dass **900** relativ junge Menschen in **Moskauer Krankenhäuser** gestorben sind.

Insgesamt ist davon auszugehen, dass auf dem Territorium der ehemaligen **UdSSR 12.000 – 14.000 Liquidatoren** gestorben sind.

**Es gibt keine genauen Zahlen über die Gesamtzahl der Opfer, m.M. nach sind auf dem Gebiet Belarus an der Folgen der radioaktiven Strahlung mehr als 30.000 Menschen gestorben. Diese Zahl kann ich nicht mit medizinischen Dokumenten untermauern, damals wie heute werden die Zahlen verheimlicht.

** Die **erste und größere Hilfe auf die Tschernobylnot kam aus Deutschland**, später aus den Beneluxländern, dann aus Italien und Spanien.

Alle NGOs beurteilen unsere staatliche Politik recht kritisch.

Unser **Department für „humanitäre Hilfe“** akzeptieren alle finanziellen Mittel aus dem Ausland als „humanitäre Hilfe“. Sie werden mit einer Steuer belegt. Etwa 3 – 4 % des belarussischen Budget stammt aus konfiszierten Mitteln.

** Lukaschenko verstärkt den Druck auf zivile Organisationen in Weißrussland Ich vermute, im kommenden Jahr (**2005**) werden **Organisationen ihr Unabhängigkeit verlieren**, somit dem Staat dienen und entsprechend leiser auftreten.

** Domino-Effekt in Weißrussland ? Brüssel muss handeln

Der Minsker Präsidentenpalast beobachtet aufmerksam die **gewaltlose Opposition** in der Ukraine (2004). Sie verweigern

dem Regime die offene Gefolgschaft. Dabei spielt das **Internet als „Geheimwaffe“** eine wichtige Rolle,

Die Antwort des Tyrann ist Repression! Das läuft über den Leiter der Präsidentialverwaltung Viktor Shejman, der unter dem Verdacht steht, in politische Morde verwickelt zu sein.

So hofft man in Oppositionskreisen auf die feste Position der EU, wie in der Ukraine. Solana soll sich nicht erst dann blicken lassen, wenn alles erledigt ist.

Ihr Ziel, ihre Hoffnung ist, den letzten Dominostein der Diktatur in Weißrussland in den Grenzen Europas umzuwerfen.

XII: Deutsch-Belarussische Partnerschaftstagung 11. – 13. Febr. 2005 in Geseke

1. Stellvertretende Außenminister *Alexander Michnewitsch*

Bei dem Förderprogramm für BY wünschen wir, in der jetzigen 3. Etappe auch „unsere Meinung“ zu berücksichtigen. Das bezieht sich auf das neue CORE – Programm zur Überwindung der Tschernobylkatastrophe.

Der Weltöffentlichkeit interessiert das im allgemeinen, bei uns sind die Folgen aber noch akut, die Zonen existieren noch, deren Folgen für gesundheitliche, soziale und psychische Aufarbeitung **ein Viertel unseres Haushaltes** in Anspruch nimmt. So müssen wir bei der Behebung dieser Folgen für uns auch den wirtschaftlichen Aspekt berücksichtigen.

Presseartikel „verstrahlte Orte“

Hinsichtlich vieler NGO– Projekte ist nicht immer erkennbar, welchem Zweck sie dienen sollen, so z.B. bei angebotenen „Arbeitstherapien“, denn da müssen unsere Arbeitsstrukturen bedacht werden, oder auch den „Kindererholungen“, denn da können unsere Kinder in unserem Land besser ausgebildet werden (statt Teilnahme am Unterricht im Gastland)

Also, durch vorherige und bessere Absprache lassen sich Missverständnisse vermeiden. All das wird ergänzt durch den humanitären Bereich, wobei zukünftig die Kindereisen bleiben, aber die Ausbildung Sache von BY bleibt, das Adoptieren von

Kindern soll auch möglich bleiben; insgesamt wünschen wir uns, dass die Betroffenheit für unsere Lage – unsere Menschen – bleibt, wünschen uns aber, dass gerade durch die Förderung unseres Gesundheitssystems die Hilfe in unserem Land geschieht.

2. *Oksana Petrenja*, Department für humanitäre Zusammenarbeit der Republik BY: Schaubild: Aufstellung

- Das Dekret 24 des Präsidenten zur „Humanitären Hilfe“ besteht bereits seit 5 Jahren und wurde am 28.2.04 – auch für die Kinderreisen ins Ausland - konkretisiert; alles gilt noch, es nichts ist verändert
- Das Parlament wird ab 26. April 2005 debattierten, es geht um die Kooperation aller beteiligter Ämter in BY die Tschernobylhilfen betreffend
- Regelung beim bisherigen Problemgebiet medizinische Versorgung: Medikamente haben ein Jahr Verfallsdauer und medizinische Geräte 5 Jahre
- Kinderreisen ins Ausland dienen sozialschwachen Kindern, Waisen, Tschernobylopfern;
2004 waren es 56.000 Kinder in 22 Länder. Davon 49.000 „nur“ Erholungsreisen; dahinter stehen 131 Gruppen; 96 % waren in Familien, 4 % in Kommunen untergebracht.
Italien nahm 27.500 und Deutschland 11.500 Kinder auf, d.h. 17.000 von anderen Ländern; aus dem Bezirk **Gomel waren es 23.000 und Mogilew 9.000 Kinder.**

Voraussetzung ist, dass die Träger der Maßnahmen eine Lizenz in BY haben.

Ziel ist der Vervollkommnung der Aktion, was meint, dass zukünftig 5 % im Ausland und die 95 % im eigenen Land stattfinden.

Das unterstellt, dass keine globalen Veränderungen im verstrahlten Gebiet mehr zu erwarten sind und die Reisen ins Ausland dienen der internationalen Verständigung durch gegenseitiges Kennenlernen.

- Die Hilfsgüter umfassten einen Warenwert von 74 Mio. US- \$, Finanzmittel 28 Mio. und Steuerbefreiung 25,5 Mio. Diese wurden zu 38 % von Vereinen, 10 % von Kirchen, 31 % von Kommunen und 7 % vom Sport aufgebracht. Aus 59 Ländern der Welt kommen Spenden, Deutschland mit 20 Mio. erbringt 27 % der humanitären Hilfe, die USA 16 Mio., die Schweiz 7,5 Mio., die anderen Länder führen Irland und Italien an.
- Die Veranstaltung am 26. April soll auch als eine Gedenkveranstaltung verstanden werden, denn immer noch nicht ist der Schaden aus der Katastrophe für BY abzusehen. BY bedarf der außerordentlichen Maßnahmen zur Behebung der Tschernobylfolgen

Schaubild Initiativern „einschieben“

Deutsch – belarussische Initiativen

- Initiativhandbuch 2 vom IBB mit ca. 520 Adressen –

Tschernobylhilfe- humanitäre Hilfe - Kindererholung

*u.a. Lilienthal und Gettorf in Deutschland
Nadeshna im Norden Belarus
Kirchengemeinde Schöppenstedt
Heim-statt Tschernobyl*

Jugendkontakte - Schulpartnerschaften

Freiwilligendienste - Berufsgruppen

Bildungswerke - Stiftungen

*u.a. Internationales Bildungs- und Begegnungswerk (IBB) in Dortmund und Minsk;
Bildungswerk „anders lernen“ der Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig – Holstein*

Kulturaustausch - politische Zusammenarbeit

Wirtschaftskontakte - Joint Ventures
u.a. Ökodom

Forschung und Wissenschaft - Hochschulen

u.a. Otto Hug Strahleninstitut, Medizinische

*Hilfsmaßnahmen e.V., München mit Partnern
in Minsk und der Oblast Gomel*

Städtepartnerschaften

Dachverbände (Vernetzungen)

*Bundesarbeitsgemeinschaft „Den Kindern von Tschernobyl“ in
Deutschland e.V. (BAG), Münster*

Deutscher Verband für Tschernobylhilfe e.V. (DVTH),
Ottobrunn

- Sie (O.Petrenja) verweist auf die verschiedenen Stiftungen, so die neuen SOS-Kinderdörfer, Heim-statt-Tschernobyl, Schilddrüsenzentrum Gomel (Prof. Lengfelder) und Ökodom (energiesparende Häuser und Energiealternativen – was für BY große Bedeutung hat)
- Problematisch sind und bleiben die Einführung von Medikamenten und medizinischen Geräten; die Hälfte kommt aus Deutschland; sie werden aber vernichtet, da das Verfallsdatum abgelaufen ist – und BY will **keine Müllhalde für abgelaufene Medikamente** werden.
- Ähnliches gilt für Lebensmittel und Kleidung, denn auch auf beides kann in BY als Geschenk verzichtet werden, einmal weil sie nicht mehr gut sind und zum anderen mögen die Empfänger es den Spendern so nicht sagen.
- Es gibt in BY 1.600 Organisationen, die als Empfänger humanitärer Hilfe registriert sind, Empfänger „mittleren“ Einkommens müssen Steuern zahlen.

Entscheidend:

Gesundung der betroffenen Kinder ist bei aller Hilfe Vorrang – und das soll so bleiben.

All das wird in einer **Pressemitteilung der Botschaft** der Republik Belarus und der Bundesrepublik Deutschlands vom 25. Jan. 2005 bestätigt: Zu den Kindererholungen im Ausland werden Änderungsvorschläge geprüft; Kindern der Unterstufe

sollen Kuraufenthalte im Ausland ohne Begrenzung weiterhin gestattet sein, für Schüler der 5. – 11. Klasse soll es vorwiegend auf die Ferienzeit begrenzt werden. Aber Sondergenehmigungen bei Gruppenreisen sollen möglich sein. Auf der Basis des Erlasses Nr. 98 vom 18. Febr. 2004 sollen diese Reisen zur Linderung der Katastrophenfolgen als Bestandteil internationaler Zusammenarbeit weiter bestehen.

Schaubild: Aufstellung

XIII: Anzahl der verstrahlten Ortschaften in Weißrussland ist zurückgegangen

Ein weiterer Pressebericht der belarussischen Regierung vom 23.12.04:

Die Auflistung der verstrahlten Zone ergibt 2653 Ortschaften und 74 Objekten.

In diesen Wohnzonen der „periodisch verstrahlten Gebiete“ (1 – 5 Curie/km²) leben z.Zt. **1.341.356 Menschen**.
(*Sie müssten raus, aber es gibt dafür kein Geld*)

In der „Zone mit Umsiedlungsrecht“ (5 – 10 Cu/km²) leben **195.494 Menschen**, und in der „Zone der nachfolgenden Umsiedlung“ leben noch **4.166 Menschen**
(*Sie hätten längst umgesiedelt werden müssen*)

XIV: CORE – Programm

Schaubild: Aufstellung

Komme ich abschließend noch auf das neue **CORE-Programm** zu sprechen- das für CO – Cooperation und RE für Rehabilitation steht, für deren Umsetzung in Geseke auch der deutsche Botschafter der BRD in Belarus *Dr. Martin Hecker* warb. Während der Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft

„Den Kindern von Tschernobyl“ Burkhard Homeyer es sehr kritisch einschätzt:

Ein Programm, dessen Untertitel **„die Wiederherstellung normaler Lebensbedingungen in den kontaminierten Gebieten“** lautet. D.h. ein neues Programm, das in ein Stadium mündet, welches Gesundung, Genesung, Normalität in der Tschernobylregion meint.

Zuvor hieß die Zielrichtung: ***das Schlimmste verhindern, Not lindern und darum Kampf um die Kinder und Hilfe, wo Hilfe Not tut.***

Dieses neue Programm, an dem die UNO und die EU beteiligt sind, gilt für die Tschernobylregionen in Belarus, Russland und in der Ukraine. Ein Pilotprojekt – auf 5 Jahre angelegt – soll in 4 belarussischen Bezirken beginnen: Bragin, Tschetschersk, Slawgorod und Stolin.

Bei der EU spielt insbesondere Frankreich und die Schweiz eine Rolle, bei der UNO die UNDP - die Entwicklungsorganisation mit der UNICEF.

In Belarus sind die staatlichen Ebenen eingeschaltet – von den Tschernobylkomitees bis zu den Bezirksvorsitzenden. Einbezogen werden sollen auch die verschiedenen Tschernobyl-initiativen als NGO`s.

Aber es stellt sich die Frage, ob die seit vielen Jahren arbeitenden Tschernobylinitiativen in das CORE-Programm einbezogen werden. Denn in dem neuen Programm deutet sich an, dass deren Erfahrungen und Leistungen als Experten vor Ort mit dem Reichtum und der Vielfalt von Aktivitäten nicht mehr gefragt werden. So wird über deren Engagement, Verantwortungsbewusstsein und solidarisches Handeln hinweggegangen.

Was ist aber das Interesse von CORE an den NGO`s ?

Über sie hat man entwicklungspolitische Einsichten gewonnen, man weiß durch sie, dass nachhaltige Entwicklung nur greift, wenn man die Betroffenen und Akteure auf örtlicher Ebene in die Projekte einbezieht.

So sollen jetzt auf der lokalen Arbeitsebene **PAC** (The Preparation and Assessment Committees) eingerichtet werden, die dem **CT** (Coordination Team) als belarussischer Gesamtkoordinator mit nationalen und internationalen politischen Vertretern unterstehen. Letzte Prüfung fällt eine Auswahljury **AB** (Approval Board), die sich aus **staatlichen Vertretern** und bisher **3 NGO`s** zusammensetzen: **IBB** (Internationales Bildungs- und Begegnungswerk Dortmund), **DTHV** (Deutscher Tschernobylhilfverband München) sowie eine **französische NGO**.

Noch zeigt sich, dass bisher keine einzige belarussische NGO einbezogen wird. Nur Vertreter staatlicher Strukturen. Sie werden aufgewertet, zivilgesellschaftliche Initiativen werden nur zu Legitimationszwecken gegenüber internationalen Partnern gebraucht.

Auffallend z.Zt. ist, dass auf belarussischer Seite viele neue bisher unbekannte „Tschernobylinitiativen“ aktiv werden. Also, der Staat schafft sich statt der bisherigen handelnden NGO`s Parallelstrukturen. Der Staat will sich der bisher geleisteten Arbeit bedienen, das von ihm verursachte Chaos von Neben- und Durcheinander im Sinne von Koordination und Effizienz ordnen. Dabei geht es auch um die Bündelung der Finanzen, der NGO`s und des neuen CORE-Programms. Bedingt durch die bisherigen Erfahrungen verbleibt viel im Verwaltungsaufwand. Hinzu wird in Minsk von einem Volumen von 5 Mio. € gesprochen, erforderlich wäre aber zur Bewältigung der Tschernobylfolgen Milliardenbeträge.

Die Budgetplanung ist allerdings bereits abgeschlossen und erstreckt sich auf 4 Großprojekte, wobei ein Anteil von 73 % an die „Frais engagés en Bièlorussie“ festgelegt ist. Dabei geht es im Bezirk Stolin um die Rekultivierung nuklear belasteter Agrarflächen.

Frage: Warum legt die Staatengemeinschaft (UNO, EU) erst jetzt, 18 Jahre nach der Katastrophe, ein solches Hilfsprogramm auf? Zwar hat es internationale Hilfsmaßnahmen bisher

gegeben, aber **Tschernobyl wurde niemals zum Katastrophengebiet erklärt.**

So sind z.B. auch die deutschen großen Wohlfahrtsverbände niemals direkt engagiert gewesen, nur in Verbindung mit ihnen lokal und zielorientiert nahestehenden Initiativen.

Zuständig für die zivile Nutzung der Atomenergie ist die **IAEO** (Internationale Atomenergiebehörde) und diese untersteht dem **Sicherheitsrat der UNO**. Und dieser untersteht der militärischen Kontrolle der Atommächte. Von ihm sind bisher nur 31 (!) Tote als Tschernobylfolgen anerkannt worden, neuerdings auch Fälle von Schilddrüsenkrebs bei Kindern.

Der **WHO** (Weltgesundheitsorganisation) liegen ganz andere Ergebnisse vor, sie dürfen nicht veröffentlicht werden, da die WHO durch einen Vertrag von 1959 an die IAEO gebunden ist. Also: Physiker entscheiden über medizinische Befunde.

Der Generalsekretär der UNO, der die Ergebnisse der WHO kennt, spricht immerhin von 300 Mio. Menschen, die in irgend einer Weise zu Opfern der Tschernobylkatastrophe geworden sind und dass Tschernobyl die Menschheit noch über Generationen begleiten wird.

Das scheint nicht in der Intention von CORE zu liegen, denn ihr Interesse ist über „Rehabilitation“ die Rückkehr zur Normalität: Sie hat kein Interesse an den Menschen, vornehmlich den Kindern; ihr geht es um die **Rehabilitation der Atomenergie**.

Was ist nun aber die **französische NGO** ? – auf die das CORE-Programm zurückgeht. In Italien, Irland und Deutschland haben sich seit Jahren Hunderte von Initiativen für Tschernobyl engagiert. Wer aber kannte bisher vergleichbare Initiativen in Frankreich? Wie kommt es, dass eine bisher nicht bekannte „Initiative“ solche einfluss- und erfolgreiche Verbindungen zu Institutionen der EU und UNO hat? Und sie hat Sitz und Stimme im AB. Hinter dieser NGO verbirgt sich **CEPN** (*Centre d`etudes sur l`Evaluation de la Protection dans le domaine du Nucléaire*) ein Studienzentrum für Strahlenschutz im Nuklear-

bereich. CEPN zeichnete bereits für das gescheiterte Vorgängerprogramm „Ethos“ verantwortlich. CEPN wurde durch die EdF (französische Elektrizitätsgesellschaft) und das CEA (Kommissariat für Atomenergie) gegründet, denen es um die Förderung der kommerziellen Nukleartechnik geht. Sie werden durch die IAEO unterstützt.

Folglich: „**RE**habilitation“ wird zum Deckmantel für die Beendigung von Tschernobyl. Und „**CO**operation“ steht für Ausschluss und Ausnutz der bisherigen Tschernobylinitiativen.

CORE wird versuchen, ausländische Tschernobylaktivitäten mit „Sonderangeboten“ zu gewinnen. Dadurch könnte über unsere belarussischen Partner Druck auf die bisherigen Partnerschaften ausgeübt werden.

Wenn Hilfsorganisationen – wie auch Heim-statt Tschernobyl – CORE beitreten wollen (*Anfrage liegt lt. Juri vom 17. Januar 05 vor*), dann nur gemeinsam mit dem belarussischen Partner als NGO unter Gleichberechtigung und Mitwirkung.

Die Tschernobylbewegung braucht keine „Koordination von oben“. Es war und bleibt ein Misstrauen gegenüber CORE, denn das Ziel bleibt:

Den Kindern eine Zukunft – eine Chance dem Frieden.

Die Tschernobylhilfe orientiert sich an Gewissen, Verantwortung, Solidarität und am Menschenrecht, speziell an den rechten der Kinder. Deren Leben, Wohl und Gesundheit definiert die Völker- und Staatengemeinschaft mit der Kinderrechtskonvention als ihre prioritäre Aufgabe (Art. 3,6, 24).

Auf der Konferenz in Geseke wurde das neue CORE-Programm z.T. – wie bereits erwähnt - schon etwas positiver gesehen. In der Frühlingsausgabe „Belarus-News“ vom IBB spricht der frühere Botschafter in Minsk *Dr. Helmut Frick* von einer optimistischen Zwischenbilanz über die Pilotprojekte, über die während der Novemberkonferenz 2004 bei Mogilew berichtet wurde. Halbjährlich sind Fachtagungen vorgesehen, an denen Vertreter aller örtlicher, staatlicher und internationaler Verbände und Organisationen die geplanten Einzelprojekte im Sin-

ne von Vernetzung in einen Gesamtprogramm zu optimieren versuchen. Beispiele genehmigter Projekte von Lokalinitiativen waren z.B. die Verbesserung schulischer Informationsmaterialien über die Radiaktivität im Bezirk Bragin und die Prüfung der Machbarkeit einer radiologisch kontrollierten Fischeaufzucht im Distrikt Slawgorod.

Es geht nicht darum, wie z.T. unterstellt, durch das CORE-Programm die schrecklichen Tschernobylfolgen zu verharmlosen. Und so ist zu hoffen, dass gerade die vielen deutschen Gruppen, die über 40 % der zivilgesellschaftlichen-humanitären Transferleistungen erbringen, sich in das CORE-Netz einklinken. Das gilt gerade auch für Tschernobyl-Initiativen, die ihren Schwerpunkt nicht innerhalb der Pilotregionen Gomel und Mogilev haben. Das Programm wendet sich also an Tschernobyl-initiativen und betroffene Bürger vor Ort und erlaubt, technische Probleme der Tschernobylhilfe gemeinsam mit internationalen Organisationen zu überwinden. Dazu werden neben dem Grundstock der Eigenfinanzierung auch Mittel aus dem Programm der Vereinten Nationen (UNDP Minsk) und der EU (TACIS) zu Ko-Finanzierung bereitgestellt. Das wird auf lokaler Arbeitsebene (PAC) koordiniert und die Auswahljury (AB) fällt die Entscheidung. Man geht davon aus, dass dadurch zugleich administrative Erleichterungen mit der schwierigen belarussischen Bürokratie eintreten.

XV: Nachträge

Prof. Michel Fernex (ehemals WHO) kritisiert das CORE-Programm, das heißt: **Leben mit der radiaktiven Qualität.**

Weißrussische Wissenschaftler, wie *Vassili Nesterenko* (Strahlenschutzinstitut Minsk) wurden ausgeschaltet.

Lukaschenkos Politik bedeutet, dass die betroffenen Menschen keine medizinische Hilfen mehr erhalten, *denn Tschernobyl sei vorbei, die Menschen sollen zurückkehren und ein normales Leben führen.*

Aus den Regionen Gomel und Mogilev, stark kontaminiert, sind zwischenzeitlich bereits 100.000 Menschen fortgezogen.

Weiter ist eine wissenschaftliche Forschung und Diskussion vonnöten, die Geologen und Hydrologen wegen der Kontamination des Bodens und Lebensmittel-spezialisten wegen der radiaktiven Belastung des Nahrung mit einbeziehen.

Das hat auch für die Länder der alten EU Bedeutung, denn durch die neuen östlichen EU-Länder kommen Lebensmittelimporte hierher.

Noch einmal Aussagen von *Prof. Dr. Lengfelder*:

Heute leben noch 300.000 Menschen in hochverstrahlten Gebieten.

In den **Sperrzonen** könnte eine **Landwirtschaft** nach dem alten 3-Felder-System arbeiten, d.h. Weizen (anschließend verbrennen zur Energiegewinnung) und Raps (einmal Ölge-winnung und zum anderen den Boden „reinigen“) Die Bear-beitung wäre mit sicheren Traktoren durchführbar.

Sarkophag – Ummantelung:

Schaubild

1 Mia. € der G-8-Staaten liegen auf dem Konto; wird aber nicht benötigt, da Ummantelung nicht mehr notwendig ist! Denn über 90 % der atomaren Elemente sind bereits entwichen! Sie liegen den Gebieten um das zerborstene KKW in der Erde, in den Sümpfen, an den Flüssen. Oder sie sind zugleich nach der Explosion mit den zerborstene-n Teilen heraus geschleudert worden – und dann durch die Liquidateure „vergraben“ worden.

Der bisherige Sarkophag reicht also aus! Daran haben 40.000 – 50.000 Liquidatoren ohne ausreichenden Schutz unter Einsatz ihrer Gesundheit und ihres Lebens gearbeitet.

D.h., dass die Aussage (2001 zum 15. Jahrestag in Kiel und an anderen Orten), dass sich noch 85 % der atomaren Energien sich noch im zerstörten Reaktor befinden, falsch ist!

Das ist eine Lüge – so Lengfelder – denn mit dem Argument der Ummantelung soll der Eindruck vermittelt werden, dass

ein zerborstener Reaktor mittels Ummantelung beherrschbar sei!

Aber der Block IV würde heute bei seiner Zerstörung so in sich zusammenbrechen, und nur noch Auswirkungen auf die unmittelbare so schon belastete Kernzone haben.

Die Ummantelung ist also eine **teure Täuschung von beherrschbaren Reaktoren.**

Das lassen sich die 6-8 Staaten, die zugleich Atomkraft-Staaten sind, viel kosten. Daran will aber nun auch die Ukraine, in der das Wrack steht, finanziell zugunsten ihres Atomprogramms beteiligt werden.

Lengfelder antwortete mir in Geseke: Insgesamt geht es den Betreibern von AKW's um Geld, um Profit; allein in Deutschland ergibt sich aus einem

AKW ein täglicher Reingewinn von 500.000 €
Gas- und Kohlekraftwerke erbringen 250.000 €

Dias: Abschluss Lepel und Windkraft, Schilfmatten
Dia von Kindern und Erwachsenen

28.01. – 05.04.05 HHR